

§ 2

Vorkaufsrecht

Der Stadt Arnsberg steht im Geltungsbereich des unter § 1 bezeichneten Gebietes das Vorkaufsrecht im Sinne des § 25 Abs. 1 Nr. 2 BauGB zu.

§ 3

Anzeigepflicht

Die Eigentümer der unter das Vorkaufsrecht nach dieser Satzung fallenden Grundstücke sind verpflichtet, der Stadt Arnsberg den Abschluss eines Kaufvertrages über ihr Grundstück unverzüglich anzuzeigen.

§ 4

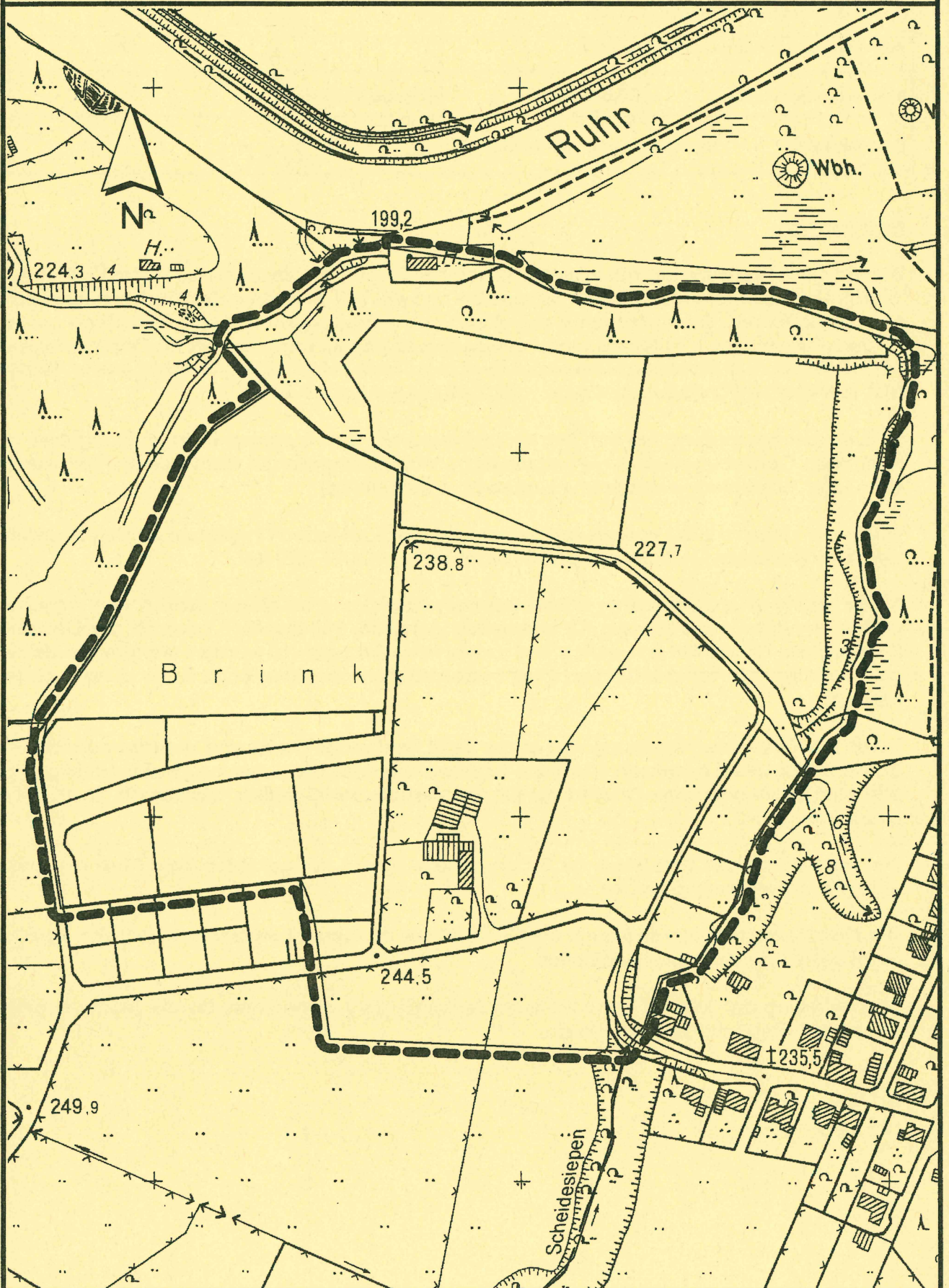
Inkrafttreten

Die Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Abgrenzung des Geltungsbereiches der Vorkaufsrechtsatzung

Bestandteil der Satzung vom

M. 1:3.000



Stadt Arnsberg

Stadtbezirk: Arnsberg

| | | | | |
|--|---------------------------------|--------------------|--|----------|
| Auswirkungen auf den laufenden Haushalt: | | Ja | Nein <input checked="" type="checkbox"/> | HHJahr: |
| Auswirkungen auf Haushalte der Folgejahre: | | Ja | Nein <input checked="" type="checkbox"/> | HHJahre: |
| Beginn der Maßnahme: | 03.07.2002 | Ende der Maßnahme: | | |
| Sichtvermerke: | Kämmerer -II-/Fachdienst 7.2.1: | II/16.5.02 | | |

Begründung:

Der Rat der Stadt Arnsberg hat in seiner Sitzung am 21.04.1999 beschlossen, für das Gebiet A 33 "Stadtbruch" einen Bebauungsplan aufzustellen und die 113. Änderung des Flächennutzungsplanes durchzuführen. Die Abgrenzung des damaligen Aufstellungsbeschlusses ergibt sich aus der beigefügten Anlage 1. Aufgrund dieses Beschlusses sowie des vorhandenen Flächennutzungsplanes besteht bereits ein allgemeines Vorkaufsrecht an allen unbebauten Grundstücken im Plangebiet, soweit eine Wohnbauausweisung vorhanden bzw. vorgesehen ist.

Im Zuge der Bearbeitung hat sich jedoch herausgestellt, dass aufgrund eines im Plangebiet vorhandenen Gewerbebetriebes die ursprüngliche Abgrenzung derzeit nicht beibehalten werden kann (ausführlich hierzu Vorlage Drucksache-Nr. 6/2002/88/4.5).

Wie in der vorgenannten Vorlage ausgeführt, hält die Stadt jedoch insgesamt an den eingeleiteten städtebaulichen Maßnahmen gemäß Beschluss vom 21.04.1999 fest.

Zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung für diesen Bereich wird daher der Erlass der vorgenannten Satzung für erforderlich gehalten, insbesondere auch für die bebauten Grundstücke, die derzeit gewerblich und zu Wohnzwecken genutzt werden. Gerade die derzeitige gewerbliche Nutzung widerspricht der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung in diesem Bereich.

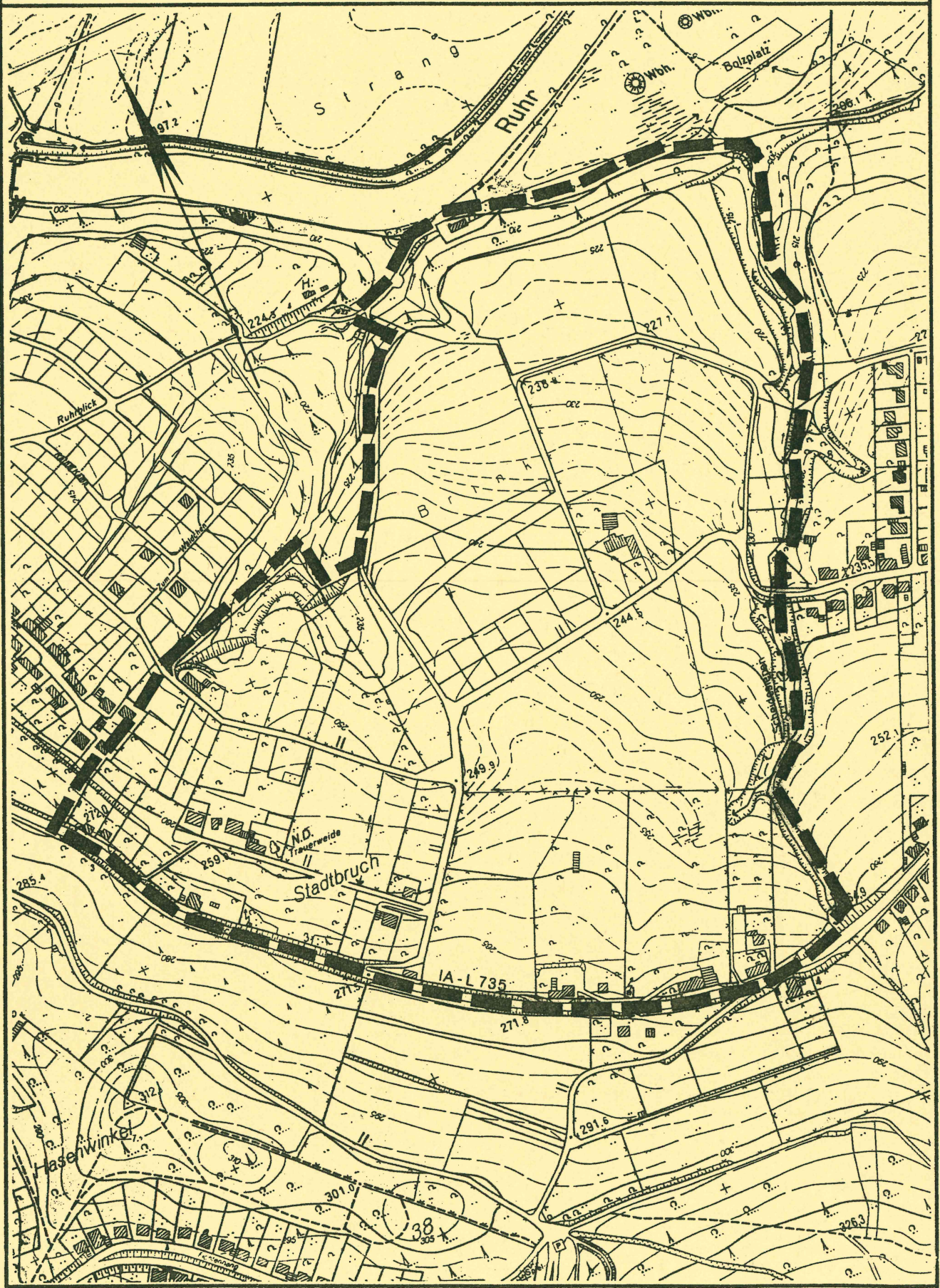
Durch die Vorkaufsrechtssatzung wird es der Stadt ermöglicht, durch eine gezielte, ausschließlich an städtebaulichen Interessen orientierte Bodenvorratspolitik die Sicherung einer langfristigen geordneten städtebaulichen Entwicklung für den Bereich des Gebietes "Stadtbruch, 3. Abschnitt" einzuleiten.

Die Voraussetzungen zum Erlass der Satzung sind aufgrund der gefassten Beschlüsse und beabsichtigten Entwicklung gegeben.

Aus Klarstellungsgründen sind auch die Grundstücke, an denen bereits das allgemeine Vorkaufsrecht besteht, in der Satzung enthalten.

Eine Befristung der Satzung ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgesehen, da die Zeitdauer derzeit noch nicht abgeschätzt werden kann.

Abgrenzung des Plangebietes „Stadtbruch“
Bebauungsplan Nr. A 33
M. 1:5.000



Stadt Arnberg

Stadtbezirk: Arnberg

